

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	11
Danksagung	13
1. Einleitung	15
1.1 Der Protest gegen S21 im Spannungsfeld neoliberaler Interessen und unausgeschöpfter Durchsetzungspotenziale	15
1.2 Einführung in die Themenstellung: Protestdynamiken und Aushandlungsprozesse im Konflikt um das Großprojekt S21	17
1.2.1 Einordnende Begriffserklärung	18
1.2.2 Forschungsstand zur Protestbewegung gegen S21: Motive und Zusammensetzung der Bewegung als Schwerpunkt der bisherigen Untersuchungen	19
1.2.3 Bearbeitungsansatz und Fragestellung	20
2. Theoretische Fundierung	23
2.1 Paradigmen der Bewegungsforschung: Zweckdienlichkeit und Grenzen	23
2.1.1 Ressourcenmobilisierung	24
2.1.2 Kollektive Identität	25
2.1.3 Framing-Ansatz	25
2.1.4 Politische Gelegenheitsstrukturen und Dynamiken	27
2.1.5 Ergänzungsnotwendigkeit herkömmlicher Ansätze: Protestbewegungen in Zeiten der Postdemokratie	28
2.2 Die Herausforderung der neoliberalen Wirtschaftsordnung durch Protestbewegungen	29
2.2.1 Postdemokratie als Dauerkrise der demokratischen Politik bei Colin Crouch	29
2.2.2 Veränderungsmöglichkeiten hegemonialer Verhältnisse bei Chantal Mouffe	34
2.3 Mechanismen zur Festigung hegemonialer Ordnung	39
2.3.1 Repressionsmaßnahmen zur Herrschaftssicherung	39
2.3.2 Legitimation durch Verfahren als Herrschaftsinstrument bei Niklas Luhmann	41
2.3.3 Problematiken direktdemokratischer Entscheidungsverfahren	43
2.4 Mehrheitsentscheidungen und ziviler Ungehorsam	45

2.4.1	Kritische Würdigung von Mehrheitsentscheidungen als Instrumente zur Entscheidungsfindung	45
2.4.2	Entscheidungen zulasten von Minderheiten: Korrekturmöglichkeiten durch zivilen Ungehorsam und Massenproteste	47
3.	Methodologische Konzeptualisierung und Operationalisierung	51
3.1	Forschungsprogramm, Gütekriterien und Datenquellen	52
3.1.1	Das Forschungsprogramm als Komplementaritätsmodell: Ergänzende Verwendung interpretativer Policy-Analyse, quantitativer Analyse und der Mehrebenenanalyse anhand des akteurszentrierten Institutionalismus	52
3.1.2	Gütekriterien qualitativer Forschung als konzeptionelle Untersuchungsbasis	54
3.1.3	Datenquellen: Feldforschung als Schwerpunkt der Materialerhebung für eine Politikfeld-Analyse des Konflikts um das Großprojekt S21	55
3.2	Untersuchungsetappen der Schlüsselereignisse: Ergebnisanreicherung über vier Forschungsphasen	55
3.2.1	Forschungsphase 1: Teilnehmende Beobachtung und erste Arbeitshypothesen ..	56
3.2.2	Forschungsphase 2: Mehrfache peer-checks zur Validierung der Zwischenergebnisse	57
3.2.3	Forschungsphase 3: Deutungspraktiken der Protestbewegung und weiterer Akteurinnen und Akteure im Politikfeld	58
3.2.4	Forschungsphase 4: Ergänzende Auswertung der Forschungsergebnisse	60
4.	Ausgangslage und Beginn der Massenproteste gegen Stuttgart 21	61
4.1	Adressaten und Rahmenbedingungen des Protests	62
4.1.1	Interessenüberschneidungen der S21-Projektbetreibenden und der Wirtschaftslobby	62
4.1.2	Die eindeutige Positionierung Stuttgarter Medien für das Großprojekt S21	64
4.1.3	Stuttgart 21 und die Parteien im Spiegel des öffentlichen Meinungsbildes	65
4.2	Fraktionen der Protestbewegung gegen S21: institutionelle Organisationen und Protestbasis	66
4.2.1	Diversitätsstärke der Protestgruppen und ihrer Aktionsfelder	66
4.2.2	Entscheidungsstrukturen zwischen Partei-Avantgarde und Basisdemokratie	70
4.2.3	Parteien und Verbände auf der Bühne der Protestbewegung: Politische Einflussnahme oder praktikable Politikbeeinflussung?	72
4.2.4	Identitäten und Ziele der Protestbewegung gegen S21	74
4.3	Massentaugliche Proteststrategie und Aktionsrepertoire	78
4.3.1	Niederschwellige Protestaktionen: Briefaktionen, Druck auf beteiligte Firmen und ›Schwabenstreik‹	79
4.3.2	Erfolgreiche Mobilisierungsstrategie in der Anfangsphase: Aktionstrainings, ›Parkschützer-Alarm‹ und Eventisierung der Massenproteste	80

5. Eskalation am ›Schwarzen Donnerstag‹	89
5.1 Konflikttlesarten der S21-Projektbetreibenden: ›Zukunftsfähigkeit Deutschlands‹ und Feindschaftsrhetorik deuten auf anstehende Repressionen hin	90
5.2 Aktionsvorbereitungen der Protestbewegung auf ihre Bewährungsprobe	92
5.2.1 Protestziel ›Verteidigung‹ der Bäume im Stuttgarter Schlossgarten: Identifikationssymbol, Eigentumsanspruch der Protestbewegung und Grundlage ihrer Kompromissunwilligkeit	92
5.2.2 Zurückhaltende Mobilisierungsbestrebungen und Einschwören auf Gewaltfreiheit in der unmittelbaren Vorbereitungsphase auf die Baumfällungen	95
5.3 Der ›Schwarze Donnerstag‹: Höhepunkt der Aktionen und Eskalation des Konflikts	97
5.3.1 Ablauf der Protestaktionen und des Polizeieinsatzes am 30. September 2010: Demonstrierende ohne Proteststrategie konfrontiert mit unerwartet schweren Repressionen	97
5.3.2 Verspätung eines EBA-Schreibens verhindert Chance zu alternativem Konfliktverlauf und Stopp der Baumfällungen	101
5.3.3 Selbst-Viktimisierung und Kanalisierung der Empörung – Polizeigewalt und Landtagswahl im Fokus der Aktionsinterpretationen der Protestbewegung	102
5.3.4 Konflikttlesart der Landesregierung erzielt keine Vorherrschaft	105
5.3.5 Positive mediale Resonanz auf die Viktimisierungslesart der Protestbewegung	106
Exkurs: Aufarbeitung des Polizeieinsatzes	108
6. Das Schlichtungsverfahren	111
6.1 Der Weg zur Schlichtung: Parteipolitik dominiert Protestbewegung	112
6.1.1 Strategische Konfliktverschiebung auf die parteipolitische Ebene	112
6.1.2 Die parteipolitische Ebene als maßgebliche Entscheidungstragende der Proteststrategie	113
6.2 Preisgabe der eigenen Handlungsmacht der Protestbewegung: Prämissen des Schlichters als unwidersprochene Verfahrensregeln	115
6.2.1 Dokumentation und Teilnehmende der Schlichtungsgespräche: Parteienhintergrund herrscht vor	115
6.2.2 Semantische Feinheiten: Schlichtung vs. Faktencheck	117
6.2.3 Verkanntes Risiko der Konfliktbefriedung oder: das Hoffen der Protestbewegung auf die Kraft der besseren Argumente	119
6.3 Ritualisierte Motive der Schlichtung: Friedenspflicht und Fachwissen	121
6.3.1 Symbolische Friedenspflicht: Verhandlungsbereitschaft der S21-Befürwortenden vs. Durchsetzungskraft der S21-Gegnerschaft	121
6.3.2 Die vermeintliche Kernkompetenz des Fachwissens der S21-Gegnerschaft	122
6.3.3 Medienecho während Schlichtungsgespräche: Friedensverhandlungen und das ›Fachchinesisch‹ der S21-Gegnerschaft	125

6.4	Die Proteststrategie und interne Kontroversen während des Schlichtungsverfahrens	126
6.4.1	Selbstauserlegte Aushöhlung politischer Handlungsmacht der Protestbewegung: ›Wir sind nicht politisch‹	127
6.4.2	Interne Differenzen der Protestbewegung verschärfen sich – Konflikt mit der Zeltstadt.....	129
6.4.3	Unzulänglichkeiten der Partizipationsmöglichkeiten innerhalb der Protestbewegung als Hindernis der Basisaktivistinnen und -aktivisten.....	130
6.5	Ergebnisse und Auswirkungen des Schlichtungsverfahrens	132
6.5.1	Schlichterspruch bestätigt die Verfahrenslogik	132
6.5.2	Demobilisierung und Umfragetief zum Abschluss der Schlichtung	135
6.5.3	Unterlassene Auseinandersetzung mit Herrschaftslogiken und politische Unerfahrenheit: Hintergründe in der rückblickenden Bewertung des Schlichtungsverfahrens	138
7.	Überhöhtes Vertrauen der Protestbewegung in eine neue Landesregierung.....	141
7.1	Der Konflikt um S21 im Spiegel der Wahlkampfstrategien	142
7.1.1	Mäßigung und parteipolitische Zielverfolgung als Wahlkampfstrategie der Protestbewegung.....	142
7.1.2	Dialog, Transparenz und Partizipation als letzter Versuch der bisherigen Landesregierung	145
7.2	Veränderung der Konfliktdynamiken nach der Landtagswahl.....	146
7.2.1	Neue Zerwürfnisdynamik innerhalb der Protestbewegung nach der Wahl	146
7.2.2	Paradoxon nach der Wahl: Vertretung der Protestbewegung innerhalb der Landesregierung?	148
7.2.3	Der Einfluss der DB AG auf die weitere Konfliktdynamik nach der Landtagswahl.....	150
7.3	Strategische Defizite der Protestbewegung in der neuen Konfliktkonstellation	152
7.3.1	Weitere Fehleinschätzung der Prämissen für Mobilisierungserfolge bei Massenaktionen des zivilen Ungehorsams	152
7.3.2	Verkannte Rahmenbedingen: Mehrheit für Stuttgart 21 bewirkt keinen Strategiewandel.....	153
7.3.3	Der Einfluss einer Besetzungsaktion auf die öffentliche Wahrnehmung der Protestbewegung – partieller Imagewandel vom friedlichen Protest zum gewalttätigen Mob	155
7.3.4	Verfahrenszusatz ›Stresstest‹ ermöglicht keinen erneuten Aushandlungsprozess	160
8.	Die Volksabstimmung als konfliktbefriedendes Verfahren	165
8.1	Nachteilige Ausgangslage und Vernachlässigung der Deutungsmacht – strategische Irrtümer der Protestbewegung vor der Volksabstimmung	166

8.2	Uneinheitliche Handlungslogik der neuen Landesregierung reflektiert konträre Haltung zu S21	169
8.2.1	Konflikt um Mischfinanzierung: Vermeintlicher Rechtsbruch als allübliche Praxis	169
8.2.2	Wunderrhetorik und die Macht der Verträge offenbaren Konflikt-Entpolitisierung durch die Grünen	170
8.2.3	Durchsetzungspotenzial der SPD im Sinne neoliberaler Machtverteilung	172
8.3	Fehlende Kostentransparenz und sukzessive Kostensteigerungen als Symptom des neoliberalen Großprojekts	173
8.4	Verstärkte Diversitäten innerhalb der Protestbewegung: Partielle Radikalisierung und widersprüchlicher Umgang mit den Grünen	174
8.5	Die Volksabstimmung über das S-21-Kündigungsgesetz	176
8.5.1	Juristische Grundlage führt zu irreführender Formulierung der Abstimmungsfrage	176
8.5.2	Wahlkampfstrategie der Protestbewegung: Ja zum Ausstieg – Sympathiegewinn mittels der Allgemeinplätze ›Sparsamkeit und Demokratie‹	178
8.5.3	Strategische Trümpfe der Pro-Stuttgart-21-Kampagne: Sechsfaches Budget, Wahlkampfhilfe des Oberbürgermeisters und die vermeintliche Geldverschwendung in Milliardenhöhe	180
8.6	Die Volksabstimmung als postdemokratisches Herrschaftsinstrument	182
8.6.1	Lesarten von Landesregierung und Medien zur Volksabstimmung: Demokratischer Erfolg, Schweigen über ungleiche Ausgangsbedingungen und das scheinbare Ende der Proteste	183
8.6.2	Reaktionen der Bewegung: Protestfortsetzung trotz Entmutigung und Mobilisierungsrückgangs	184
9.	Schlussbetrachtung	189
9.1	Reflexion der Ergebnisse: Der Konflikt um das neoliberale Großprojekt S21 und die Protestbewegung in Zeiten der Postdemokratie	189
9.1.1	Stuttgart 21 als postdemokratischer Herrschaftskonflikt	189
9.1.2	Unterschiedliche Wirkungsweise der Repression und Vernachlässigung des zivilen Ungehorsams	192
9.1.3	Macht der Verfahren vs. emanzipatorischer Aushandlungsprozess	196
9.1.4	Delegierung des Politischen an die Parteienpolitik	200
9.1.5	Undemokratische Entscheidungsstrukturen der Protestbewegung	203
9.2	Implikationen für Theorie und Methodik	205
9.2.1	Ethnographie als entscheidender Bestandteil eines Komplementaritätsmodells: Komplexität aus der Handlungspraxis der Protestbewegung erschließen	205
9.2.2	Bewegungsforschung und hegemoniale Konflikte	206
9.2.3	Gesellschaftliche Kontrollfunktion der sozialen Bewegung	207
9.3	Politische Implikationen und Legitimationsprobleme neuen Typs	208

Anhang 213

1 Aktionskonsens der Protestbewegung gegen S21 213

2 Gelöbnis auf der Montagsdemonstration gegen S21 216

3 Fragenkatalog – Interviews mit Akteurinnen und Akteuren der Protestbewegung,
2016 220

4 Auszug aus dem Koalitionsvertrag der Landesregierung Baden-Württemberg: Der
Wechsel beginnt. Koalitionsvertrag zwischen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE und SPD
Baden-Württemberg, Baden-Württemberg 2011-2016 222

Literatur- und Quellenverzeichnis 225